AG 13/Europa

I. Zielsetzung für die kommende Legislaturperiode

1 Unsere Verantwortung für ein starkes Europa

2 Die Europäische Union ist Garantin für Freiheit, Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Diese Werte ste-
3 hen angesichts historischer Umwälzungen massiv unter Druck. Mut, Entschlossenheit und europäi-
4 sche Antworten sind das Gebot der Stunde. Eine gute Zukunft unseres Landes wird es nur mit einer
5 starken und demokratischen EU geben. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Hand-
6 lungsfähigkeit und strategische Souveränität der EU zu stärken. Mehr denn je braucht die EU ein star-
7 kes Deutschland, das sich mit europäischer Überzeugung, Ideen und Engagement einbringt. Wir be-
8 kennen uns zu einer effektiven, kohärenten und verlässlichen Europapolitik mit konstruktivem Gestal-
9 tungsanspruch, im deutschen und europäischen Interesse. Wir verteidigen Europa gegen seine inne-
10 ren und äußeren Feinde. Wir stehen weiter fest an der Seite der Ukraine in ihrem Freiheitskampf und
11 werden sie so lange wie nötig mit militärischer, diplomatischer, wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe
12 unterstützen. Die deutsch-französische Freundschaft bleibt von überragender Bedeutung für ganz Eu-
13 ropa. Wir werden sie auf Grundlage des wegweisenden Élysée-Vertrags und dessen Weiterentwick-
14 lung durch den Vertrag von Aachen vertiefen. Ebenso wollen wir die Freundschaft zu unserem östli-
15 chen Nachbarland Polen weiter ausbauen. Im Weimarer Dreieck werden wir die enge Abstimmung zu
16 allen relevanten Fragen der Europapolitik suchen, um im Dienst der ganzen EU geeinter zu handeln.
17 Im Format „Weimar plus“ sollten auch weitere enge Partner einbezogen werden.

18 Wir schützen die Grundwerte aus Artikel 2 EU-Vertrag nachdrücklich und gehen künftig noch konse-
19 quenter gegen Rechtsstaatsverstöße vor. Dafür müssen bestehende Schutzinstrumente, von Vertrags-
20 verletzungsverfahren über die Zurückhaltung von EU-Geldern bis hin zur Suspendierung von Rechten
21 der Mitgliedschaft wie z.B. Stimmrechte im Rat der EU, deutlich konsequenter als bisher angewendet
22 werden. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Konditionalitätsmechanismus ein – hin zu ei-
23 nem umfassenderen Sanktionsinstrument bei Verstößen gegen die Grundwerte der EU. Für den Fall
24 der Zurückhaltung von Geldern sollten Möglichkeiten der Direktzuweisung von Mitteln an Begüns-
25 tigte wie z.B. Studierende im Rahmen von Erasmus+ geprüft werden.

II. Zentrale Maßnahmen und konkrete Verabredungen

1 Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken und Wohlstand sichern

2 Wir wollen den Binnenmarkt als Motor unserer Wirtschaftskraft weiterentwickeln. Dies gilt insbeson-
3 dere für die Politikbereiche Energie, medizinische Produkte, Pharma, Digitales, Telekommunikation
4 und Verkehr einschließlich Luftverkehr. Der Wettbewerb im Binnenmarkt muss auf Innovation und
5 Leistungsfähigkeit beruhen. Wir wollen kein Steuerdumping und keinen unfairen Steuerwettbewerb
6 in der EU. Deshalb setzen wir uns für eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschafts-
7 teuer ein. Wir treten für eine bessere Mobilisierung von privatem Kapital ein und gehen dazu Schritte

8 hin zu einer echten Spar- und Investitionsunion (Kapitalmarkt- und Bankenunion). Dabei schützen wir
9 das Drei-Säulen-Modell. Wir brauchen außerdem eine echte Energieunion mit Fokus auf Entwicklung
10 und Genehmigung gemeinsamer, grenzüberschreitender Energienetze einschließlich Wasserstoff so-
11 wie eine stärkere Vernetzung nationaler Energiemärkte, um eine wettbewerbsfähige Industrie zu er-
12 möglichen. Auf dem von der EU eingeschlagenen Weg zur Klimaneutralität bis 2050 denken wir wirt-
13 schaftliche, ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit zusammen. Wir treten aktiv dafür ein, dass die
14 EU ein starker Industriestandort bleibt. Wir schaffen attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen
15 in und nach Europa, insbesondere durch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Mo-
16 dernisierung des Wettbewerbs- und Beihilferechts, welches wir stärker an Transformationserforder-
17 nissen und Europas globaler Wettbewerbsfähigkeit ausrichten wollen, sowie eine Vereinfachung der
18 Verfahren für sog. IPCEIs. Wir setzen uns für einen substanziellen Rückbau von Bürokratie in der EU
19 ein. Wir begrüßen, dass die EU-Kommission Initiativen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands
20 vorgelegt und weitere angekündigt hat. Für eine effektive technologische Souveränität Europas brau-
21 chen wir mehr Fokus auf Bildung, Forschung, Innovation und Schlüsseltechnologien wie Künstliche
22 Intelligenz oder Raumfahrt. Wir setzen uns für eine forschungs- und innovationsfreundliche EU-Digi-
23 talpolitik sowie ein gestärktes und eigenständiges 10. Rahmenprogramm für Forschung und Innova-
24 tion ein. Datenschutz kommt eine wichtige Bedeutung zu. Seine Ausgestaltung muss Digitalisierungs-
25 fortschritte sowie Forschung und Innovation ermöglichen. In der EU müssen primär die Mitgliedstaa-
26 ten und die Wirtschaft endlich 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung in-
27 vestieren. Wir befürworten die Errichtung des Einstein-Teleskops im Dreiländereck Niederlande, Bel-
28 gien und Deutschland als europäisches Leuchtturmprojekt.

29 Handlungsfähiges Europa

30 Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen der EU (MFR) ab 2028, zu dem Deutschland einen angemessenen
31 Beitrag leisten wird, muss den historischen Herausforderungen für Europa und unserem An-
32 spruch an eine geopolitisch handlungsfähige EU Rechnung tragen und sich nicht zuerst am Status Quo
33 orientieren. Diese sind insbesondere die Stärkung der europäischen Sicherheit und Verteidigungsfä-
34 higkeit sowie die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Zuerst stehen die Mitgliedstaaten
35 in der Finanzierungsverantwortung für diese Ziele. Im Interesse stabiler Finanzen sowie im Einklang
36 mit den europäischen Verträgen haftet Deutschland weiterhin nicht für Verbindlichkeiten anderer
37 Mitgliedstaaten. Finanzierungen außerhalb des EU-Haushalts müssen die Ausnahme bleiben. Gleich-
38 zeitig muss im künftigen MFR die Rückzahlung für die im Rahmen von „Next Generation EU“ aufge-
39 nommenen Mittel beginnen. Wir fordern die EU-Kommission auf, einen entsprechenden Rückzah-
40 lungsplan als Teil ihres anstehenden MFR-Vorschlags vorzulegen. Die Rückzahlung darf nicht zu Lasten
41 des regulären EU-Haushalts und seiner Programme erfolgen. Wir setzen uns für eine Modernisierung
42 des MFR ein. Er muss einfacher, transparenter und flexibler ausgestaltet sein – auch um auf

43 unvorhergesehene Ereignisse und Investitionsbedarfe unter Einsatz der zur Verfügung stehenden Fi-
44 nanzinstrumente im Rahmen der EU-Verträge umfassend und rasch reagieren zu können. Wir stehen
45 zu dem zeitlichen Fahrplan für die Einführung neuer Eigenmittel und werden entsprechende Vor-
46 schläge konstruktiv prüfen. Die Kohäsionspolitik ist in Zeiten großer Herausforderungen eine wichtige
47 Säule eines solidarischen Europas und ein zentrales Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähig-
48 keit, Innovationskraft und gleichmäßigen Entwicklung aller europäischen Regionen. Wir treten zur
49 Stärkung der Regionen für eine Kohäsionspolitik 2028+ ein, die auf der Grundlage einer angemesse-
50 neren Mittelausstattung in einer eigenständigen Fondsstruktur auch künftig gemeinsam mit den Regi-
51 onen entwickelt und primär von diesen umgesetzt wird. Wichtig ist uns der Erhalt der Förderwürdig-
52 keit aller Regionen. Insbesondere auch strukturschwache sowie von Transformation betroffene Regio-
53 nen brauchen in Zukunft eine tragfähige Mittelausstattung der Kohäsionspolitik. Wir wollen keine Re-
54 gion zurücklassen. Das Europäische Parlament muss seine zentrale Rolle bei der Definition der Krite-
55 rien der Mittelvergabe und bei der Kontrolle der Mittelverwendung behalten. Die neuen Regeln des
56 Stabilitäts- und Wachstumspaktes müssen konsequent angewendet werden. Sofern angesichts der
57 aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen erforderlich, muss der Pakt entsprechend ange-
58 passt werden. Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und ihrem über-
59 geordneten Ziel der Geldwertstabilität.

60 Angesichts des geopolitischen Epochenbruchs muss Europa umfassende strategische Souveränität
61 entwickeln. Schlüsseltechnologien, Energiesicherheit, digitale Souveränität inklusive europäischer
62 Plattformen, Schutz Kritischer Infrastrukturen, Resilienz sowie eigene Fähigkeiten, um sich im globa-
63 len Systemwettbewerb zu behaupten, sind dafür zentral. Wir setzen uns für eine Europäische Vertei-
64 digungsunion zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO ein. Wir wollen einen echten Bin-
65 nenmarkt für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln und enger Zusammenarbeit bei Pla-
66 nung, Entwicklung und Beschaffung. Eine engere europäische Abstimmung im internationalen Krisen-
67 management, ein systematischeres Vorgehen bei EU-Missionen und eine bessere Verzahnung der Po-
68 litiken von EU, Mitgliedstaaten und wichtigen supranationalen Organisation wollen wir weiter voran-
69 bringen.

70 Die Erweiterung der EU und ihre Aufnahmefähigkeit müssen Hand in Hand gehen. Deshalb brauchen
71 wir spätestens mit der nächsten Erweiterung eine innere Konsolidierung und Reform der EU, die sie
72 institutionell stärkt. Das Konsensprinzip im Europäischen Rat darf nicht zur Entscheidungsbremse
73 werden. Dies gilt grundsätzlich auch für die verbliebenen Entscheidungen mit Einstimmigkeit im Rat
74 der EU. Wir setzen uns für eine Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU
75 ein, insbesondere bei bestimmten Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
76 wie der Verhängung von Sanktionen. Die sog. „Brückenklauseln“ wollen wir nutzen, um Entschei-
77 dungsverfahren effizienter zu gestalten. Notwendige Reformen, die ohne Vertragsänderungen

78 möglich sind, sollten ausgereizt werden. Wo notwendig, sind wir offen für Vertragsänderungen ge-
79 mäß Artikel 48 EU-Vertrag. Wir wollen das Prinzip der Verstärkten Zusammenarbeit im Sinne des Kon-
80 zepts des „Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten“ stärker nutzen. Um den Zusammenhalt in
81 der EU zu schützen, muss diese immer für alle Mitgliedstaaten offenbleiben.

82 Wir befürworten eine Weiterentwicklung des Wahlrechts zum Europäischen Parlament. Wir setzen
83 uns für die Einführung einer Sperrklausel bei Europawahlen ein, die den Anforderungen des Bundes-
84 verfassungsgerichts entsprechen muss. Zudem wollen wir bei **Europawahlen das Auszählverfahren**
85 **nach D'Hondt zur Anwendung bringen**. Wir stärken europäische Parteien und **unterstützen das Spit-**
86 **zenkandidatenprinzip**. Wir passen die Mitwirkungsrechte des Bundestages insbesondere an die Vor-
87 gaben des Bundesverfassungsgerichts an. Wir setzen uns für eine konsequente und wirkungsvollere
88 Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips ein, einschließlich frühzeitiger Berücksichtigung des Systems
89 kommunaler Selbstverwaltung. Wir stehen zum Ausschuss der Regionen als dem Forum der europäi-
90 schen Regionen und Städte. Wir machen uns für vernetzte und prosperierende Grenzregionen stark.

91 Soziales und bürgernahes Europa

92 Wir bekennen uns zu den Zielen, Werten und Grundsätzen der Europäischen Säule sozialer Rechte. In
93 diesem Sinne setzen wir uns für eine EU ein, die das Leben der europäischen Bürgerinnen und Bürger
94 verbessert, faire Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und gute Tarifpartnerschaften gewährleistet
95 sowie soziale Ungleichheiten und Armut bekämpft. Wir setzen uns im Rahmen der geltenden Kompe-
96 tenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten für wirksame Instrumente ein, um faire
97 und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme zu fördern.

98 Wir wollen Europa erlebbarer machen und zentrale Bausteine für eine offene, demokratische, krea-
99 tive und soziale Gesellschaft stärken. Wir setzen uns für eine Stärkung von Erasmus+ für allgemeine
100 und berufliche Bildung, Jugend und Sport sowie eine Verbesserung des Programmzugangs ein. Dazu
101 gehört auch eine Fortsetzung der Initiative „DiscoverEU“, die 18-Jährigen die Möglichkeit bietet, kos-
102 tenlos Europa zu bereisen (Interrail). Wir unterstützen weiterhin „Creative Europe“ zur Förderung der
103 gemeinsamen kulturellen Identität. Eine lebendige Zivilgesellschaft spielt bei der Förderung der Men-
104 schenrechte, der Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der freien Meinungsbildung
105 in Europa eine entscheidende Rolle. Deshalb muss sie gestärkt werden. Wir unterstützen das Vorha-
106 ben, eine Rechtsform „Europäischer grenzüberschreitender Verein“ einzuführen, um in Zukunft die
107 Gründung von Vereinen nach weitgehend einheitlichen Rechtsprinzipien zu ermöglichen. Wir setzen
108 uns für die stärkere Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern ein. Formate wie z.B. der EU-Jugend-
109 dialog bringen Europa den Menschen näher. Grenzüberschreitenden Austausch zur Geschichte Euro-
110 pas wollen wir durch die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur stärken.
111 Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Bildungsangebote werden wir aufgrund ihrer wichtigen
112 Funktion weiter unterstützen. Die Zukunftsfonds mit Tschechien, Griechenland und Italien sowie die

113 Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit wollen wir stärken. Wir setzen uns für die rasche Ein-
114 richtung eines Gedenkortes für die Opfer der deutschen Aggression und Besatzung in Polen (1939-
115 1945) auf dem Platz der ehemaligen Kroll-Oper sowie die Errichtung des Deutsch-Polnischen Hauses
116 als Ort des Gedenkens und Begegnens im Zentrum Berlins ein. Um grenzüberschreitendes Lernen und
117 europäische Freundschaften zu fördern, werden wir die europäischen und bilateralen Jugendwerke
118 sowie Fachstellen des Europäischen und Internationalen Jugend- und Fachkräfteaustauschs ausbauen
119 und deutlich stärken.

120 EU in der Welt

121 Die Erweiterungspolitik hat hohe transformative Kraft und ist eine geopolitische Notwendigkeit. Die
122 massiv veränderte Weltlage erfordert eine Weiterentwicklung des EU-Beitrittsprozesses. Durch einen
123 leistungsorientierten und differenzierten Ansatz sollen individuelle Fortschritte der Kandidatenländer
124 bei der Annäherung an europäische Werte und Standards stärker honoriert werden. Die Menschen
125 vor Ort sollen konkret erfahren, dass sich der Weg ihrer Länder in die EU lohnt. Gleichzeitig muss die
126 EU erweiterungsfähig werden, indem der parallel stattfindende institutionelle Reformprozess zu kon-
127 kreten Ergebnissen geführt wird. Wir setzen uns für einen schrittweisen Integrationsansatz für Kandi-
128 datenländer ein, die noch nicht alle Beitrittsanforderungen erfüllen, aber Reformen beherzt umset-
129 zen – ohne Abstriche bei den Kriterien oder bei der Integrität des Binnenmarktes. Dazu können insbe-
130 sondere ein „Phasing-in“ in EU-Programme und -Politiken, die Gewährung eines Beobachterstatus im
131 Europäischen Parlament und Rat der EU sowie eine assoziierte Mitgliedschaft in bestimmten Berei-
132 chen wie der GASP/GSVP ohne Stimmrecht gehören. Der wichtige EU-Beitritt der sechs Länder des
133 Westbalkans, der Ukraine und der Republik Moldau liegt im wechselseitigen Interesse. Wir wollen die
134 Unterstützungsanstrengungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten konsequent fortsetzen. Dazu gehört
135 auch der Berliner Prozess – denn wir müssen gerade den Westbalkan-Ländern, die schon lange auf
136 Fortschritte warten, belastbare Perspektiven bieten. Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei
137 sind von besonderer strategischer Bedeutung. Wir bedauern, dass sich die Türkei von der Werteord-
138 nung der EU zunehmend weiter entfernt. Die Fortsetzung des Beitrittsprozesses mit Georgien kann
139 erst wieder in Frage kommen, wenn die Zweifel an der Einhaltung der demokratischen Prozesse aus-
140 geräumt sind. Dabei stehen wir an der Seite der pro-europäischen Kräfte.

141 Wir müssen den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten vertiefen sowie die Potenzi-
142 ale der Europäischen Politischen Gemeinschaft nutzen. Auch nach dem Brexit ist das Vereinigte König-
143 reich einer der engsten Partner der EU. Für uns ist die „Global Gateway“-Initiative der EU ein wichti-
144 ges geopolitisches Instrument, was auch bei der Wahl von Kooperationspartnern berücksichtigt wer-
145 den muss. Für einen kohärenten und sichtbaren Außenauftritt als „Team Europe“ brauchen wir ein
146 transparentes, abgestimmtes und arbeitsteiliges Handeln der EU-Kommission, des Europäischen Aus-
147 wärtigen Dienstes und der Mitgliedstaaten.

Bitte beachten Sie, dass für jede AG eine vereinbarte Höchstanzahl zuzuliefernder Seiten besteht. Dies bezieht sich auf den gemeinsamen Textumfang der Ziffern I und II.

Anhang zu I. und II.

Hinweis: Die **europapolitische Koordinierung** ist ein Thema, das in der AG 13 Europa nicht geent werden konnte. Aufgrund des Querschnittscharakters berät hierüber auch die AG 17 Arbeitsweise der Bundesregierung und Fraktionen, Wahlrecht. Nachstehend die jeweiligen Formulierungsvorschläge von CDU/CSU sowie SPD, wie sie ohne Einigung in der AG 13 Europa diskutiert wurden:

[CDU/CSU: Deutschland muss seiner Verantwortung als zuverlässiger Partner in Europa durch eine zeitgemäße europapolitische Koordinierung innerhalb der Bundesregierung gerecht werden. Deshalb werden sich die Koalitionspartner innerhalb der Bundesregierung eng und im Voraus abstimmen. Das Bundeskanzleramt kann bei ausgewählten EU-Vorhaben von herausgehobener politischer Bedeutung die Koordination von Beginn an selbst wahrnehmen bzw. im Verfahren an sich ziehen, wenn es aus Sicht des Bundeskanzleramtes für eine konsistente Positionierung der Bundesregierung und den Verhandlungserfolg erforderlich ist. Im Übrigen bleibt es bei der Abstimmungsverantwortung durch die Bundesministerinnen und Bundesminister im Rahmen ihrer Fach- und Koordinierungszuständigkeiten im engen Zusammenwirken mit dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler.]

[SPD: Die Bundesregierung wird ihre europapolitische Koordinierung unter Wahrung des Ressortprinzips verbessern. Dabei wird sie zukünftig innerhalb einer einheitlichen festen Frist eine Verhandlungsposition abstimmen, dem Bundestag übermitteln und veröffentlichen. Eine funktionierende europapolitische Zusammenarbeit schließt eine bessere Koordinierung der Regierungsparteien im Europäischen Parlament mit ein. Die Parteien der demokratischen Mitte, die die Präsidentin der EU-Kommission gewählt haben, verfügen gemeinsam über eine Mehrheit zur Gestaltung Europas, die es für ein demokratisches Europa zu nutzen gilt. Die Inkaufnahme von positiven Mehrheiten im Europäischen Parlament, die nur mithilfe der Stimmen rechtsextremer Fraktionen, wie EKR, PFE, ESN zustande kommen, lehnen wir deshalb ab.]